

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 233 (1954)

Artikel: Des Kalendermanns Weltumschau
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-375504>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Des Kalendermanns Weltumschau

Die Vielzahl politischer Geschehnisse in allen Richtungen der Windrose, deren bloße Registrierung schon einen stattlichen Band füllt, läßt auch die bloße Erwähnung in des Kalendermanns Chronik zum wählenden Herausgreifen und damit zur Wertung werden. Was aber ist unter diesem Gesichtspunkt erwähnenswert? Einem schweizerischen Beobachter unter all den Geschehnissen und politischen Impulsen wohl jene, welche von einer Übereinstimmung eidgenössischer Interessen mit solchen, die jenseits unserer Grenzen wurzeln, sprechen. Und von solchen ist zu berichten. Die Neutralitätsakte von 1815 sagte, die Neutralität der Schweiz liege im Interesse ganz Europas. In einem Jahr, das viele neue Anläufe zur Integration Europas, zu dessen engeren Zusammenschluß also, brachte, lag es nahe, daß ein Journalist General Ridgway, der damals noch Oberkommandierender der Atlantikpaktmächte war, die Frage stellte, ob unsere Neutralität nicht etwa eine Behinderung der Pläne für den Aufbau der Verteidigung des Westens bilde. Er wollte eine präzise Antwort auf die präzise Frage, ob die schweizerische Armee im Falle eines Angriffes für den Westen von Wert sei. Die schweizerische Neutralität, antwortete der General, behindere den Aufbau der Abwehr nicht, weil die Entschlossenheit der Schweizer zur Verteidigung ein Aktivposten des Westens sei; ja, rüsteten alle europäischen freien Mächte so wie die Schweiz, so könnte man zufrieden sein. Das ist, von zuständiger Seite gesprochen, ein Zeugnis dafür, daß unsere Neutralität mit den Interessen Europas auch heute noch in Übereinstimmung steht.

Durch die Werke des Roten Kreuzes und durch die Schutzmachtaufgaben, die uns während des zweiten Weltkrieges zu diplomatischen Treuhändern vieler Mächte in vielen Hauptstädten werden ließ, wurde unsere Neutralität nicht nur europäisch sondern auch weltzugewandt, erhielt also einen Einschlag von universellem Interesse. Die Anforderung unserer guten Dienste zur Heimkehr der Gefangenen als Auftakt zu einem Waffenstillstand in Korea war im Frühsommer eine Bestätigung dafür und ließ uns zu dem Anruf im glücklichen Gefühl, mit den dem Frieden zugewandten Kräften in Übereinstimmung zu stehen, Ja sagen.

Europäischer Zusammenschluß

Die Handelshochschule hat mit ihren Einladungen an europäische Staatsmänner und Einigungs-politiker St. Gallen zu einem Treffpunkt mit europäischen Größen der Politik gemacht; unter ihnen begnnete man dem Franzosen Robert Schuman, dem Bonner Wirtschaftsminister Erhard und dem italienischen Ministerpräsidenten de Gasperi. Wer alle St. Galler Vorträge zur Integration Europas hörte, erhielt die Bestätigung dafür, daß auf dem Bauplatz Europa nicht alles geht, wie es in den vielen Plänen vor-gezeichnet ist. Als fester Eckstein steht die Montanunion, die im Frühjahr den gemeinsamen zollfreien europäischen Kohlen- und Eisenmarkt eröffnete. Der Beweis dafür, daß damit wirklich eine europäische Größe und Macht geschaffen worden ist, ist die Tatsache, daß Groß- und

Kleinststaaten, so Amerika und die Schweiz, diplomatische Missionen in Luxemburg, dem Sitz der Kohlen- und Stahlunion, errichtet haben.

In normalen Zeiten hätte man sich mit dem Erreichten für einige Zeit begnügt und ihm eine Frist zur Festigung gegeben. So aber hat der Chronist davon zu berichten, daß der wirtschaftlichen Union eine schwere politische Aufgabe überbunden worden ist. Am 10. Dezember 1952 hatten die Außenminister der Montanunionsländer be- antragt, das Kohlen- und Stahlparlament solle sich durch Zuwahl auf die Stärke der parlamentarischen Körperschaft erhöhen, welche die erst noch zu bildende Euro- päische Verteidigungsgemeinschaft ins Leben zu rufen hätte, und zwar solle dies geschehen, damit ein europäischer Verfassungsentwurf, eben eine Aufgabe der Verteidigungsgemeinschaft, ausgear- beitet werden könne. Das geschah. Aber damit ließ man sich auf ein schwieriges Unterfangen ein, gehört es doch zu größten geschichtlichen Karikaturen, daß Völker, die voll souverän sind, ohne unmittelbare äußere Not und Be- drohung ihre Hoheitsrechte und ihre Unabhängigkeit mit raschem Entschluß einer größeren Gemeinschaft opfern. In Deutschland, auf dessen Boden unter dem russi- schen Besatzungsregime bolschewisiert wird, lebt man allerdings so unmittelbar unter dem Druck einer Dro- hung, daß man europäische Lösungen als Erlösungen erlebt. Aber Frankreich, innerlich schwach und sich nur mittelbar bedroht fühlend, scheut vor zu engen Bindun- gen, vor allem vor militärischen, mit dem wieder zu Kräften kommenden Deutschland zurück. Wie sehr, er- lebte Dulles, der als amerikanischer Staatssekretär im Februar seine erste Auslandsreise nach den westeuropäi- schen Hauptstädten machte, um als Befürworter des Zu- sammenschlusses aufzutreten. Das gute Zureden erhielt dabei fast einen Ton der Nötigung, als Dulles vorrech- nete. Washington habe in Europa seit dem Kriegsende 30 Milliarden in guten Werken investiert; würden diese nicht durch die Verwirklichung der Verteidigungsgemein- schaft honoriert, so könne der Dollarseggen versiegen.

Churchill setzt Akzente

Keneth Younger, der im Kabinett Attlee den Posten eines Staatsministers des Äußeren bekleidete, hat im Rahmen der bereits zitierten St. Galler Europavorträge Londons Reserve gegenüber engen organisatorischen Bin- dungen an die Integrationsysteme Europas eine unge- schminzte und realistische Begründung gegeben. Die Eng- länder hätten eben nicht vergessen, daß sie während des zweiten Weltkrieges einige Jahre ohne Kontinentaleu- ropa hätten leben können; deshalb blieben sie vor allem dem Commonwealth und dem Dollarraum zugewendet. Zeichen der Dämpfung des britischen Einflusses - durch die Wahlen in Südafrika etwa, die Malans sehr reservierte Stellung gegenüber London festigten - verstand Churchill zu kompensieren.

Erfolge seiner Wirtschaftspolitik erlaubten ihm bei seinem Besuch in Washington anfangs des Jahres ein Programm zu verfechten, das Handel statt Hilfe fordert. Und wenn es den Amerikanern gelang, ein Atomartil-



Gedenkfeiern im Schweizerland

1953 war ein Jubiläumsjahr seltener Art. Eine Reihe von Kantonen feierte ihre langjährige Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft, so Bern, St. Gallen, Thurgau, Aargau, Graubünden, Tessin und Waadt. Auch der unselige Bauernkrieg von 1653 jährte sich heuer zum 300. Male. Unsere Bilder: (links) Denkmaleinweihung für den Bauernführer Chr. Schybi an der Kreuzkapelle in Sursee durch Bauernsekretär Dr. Jaggi; (rechts) aus dem Festzug zur 150-Jahrfeier des Kantons Thurgau, das Wappentier und seine Wächterin, «s Fräuli mit em Leuli.»

(Photopreß)

leriegeschütz zu konstruieren, das im Mai bereits eingeschossen werden konnte, so hatte im Oktober vorigen Jahres die Explosion des ersten Atomgeschosses britischer Konstruktion auf den Montebello-Inseln davon Kunde gegeben, daß es den Engländern gelungen sei, die Energien der Kernspaltung ihrer Küstung dienstbar zu machen. Europa als Ganzes, das einen Europäischen Rat für Atomforschung gründete, in welchem die Schweiz durch Professor P. Scherrer und Ständerat A. Picot vertreten ist, will sich damit bescheiden, diese gewaltige Kraft noch mehr zu erforschen, ohne Mars als direkten Teilhaber zuzulassen; der Rat leistete bereits große Vorarbeiten zur Errichtung eines Europäischen Laboratoriums für Kernphysik in Genf.

Churchill ist es gelungen, London wieder mehr zu einem akzentgebenden Zentrum der westlichen Politik zu machen. Der Staatsbesuch Titos Mitte März sprach etwa auffällig davon. Belgrad, Athen und Ankara hatten vorher – eine veränderte Neuauflage alter Balkanpakte – einen Freundschaftsvertrag unterzeichnet und damit einen dem Atlantikpakt zugewandten Balkanbund

gestiftet. Aller Augen aber zog London mit seinen Krönungsfeierlichkeiten auf sich; und am 2. Juni, dem Krönungstag, war die britische Hauptstadt Zentrum eines die ganze Welt fesselnden Geschehens, welches das Selbstvertrauen der Engländer mächtig förderte.

Bedrängnis der Mitte

Englands innere Festigung ist eine erfreuliche Erscheinung und nicht nur ein Geschenk der Vorsehung, mußte sie doch auch gegen schwere äußere Anfechtungen erkämpft werden. Hat Großbritannien in Persien ausgespielt, offenbar endgültig, so konnte es in Koweit und im Irak den Ausfall an persischem Öl wettmachen und Mossadegh seiner Politik der Tränenstürze und Auseinandersetzungen mit dem Schah überlassen, um dessen Herrschaft es zeitweise böß ausfah. Am Suezkanal fand sich Churchill aber einem andern gefährlichen Widersacher gegenübergestellt.

Nachdem am 23. Juli vorigen Jahres die Armee König Faruk vom ägyptischen Thron vertrieben hatte, fanden sich General Naguib, der Führer der putschen-



Das St. Galler Volk feierte im Dezember 1952 seine drei höchsten Magistraten. An der Spitze des Festzuges auf dem St. Galler Klosterplatz erkennt man links Nationalratspräsident Dr. Thomas Holenstein, in der Mitte Bundespräsident Dr. Karl Kobelt, rechts außen Ständeratspräsident Johann Schmuki, alle drei mit Blumenbouquets. (Photopreß)

den Offiziere, und Ali Maher, ein erfahrener Politiker achtenswerter Vergangenheit zu einer Zweimännerherrschaft zusammen. Wenige Wochen später brach diese aber auseinander. Der General sicherte sich diktatorische Vollmachten und ließ die Armee Reformpläne, auch solche zur Aufteilung des Bodens an die landlosen Fellachen, ausarbeiten. Die Herrschaft der Paschas wurde gebrochen. Aber der General sah sich gedrängt, sich durch außenpolitische Erfolge als innenpolitischer Reformator zu legitimieren. Im Januar machte er eine Opposition innerhalb der Armee unschädlich und löste die Parteien für die Dauer von drei Jahren auf, um wenige Monate später, am 18. Juni, die Republik auszurufen. Er verstand es, einflussreiche Sudanesen für sich und seine Politik zu gewinnen. Aber die Verhandlungen mit London über den Abzug der Briten aus der Suezkanalzone konnte auch er nicht zu einem schlagenden außenpolitischen Erfolg für sein Regime führen; er ringt mit Churchill darum immer noch hart. Die Frage, ob es ihm gelingen wird, seine Revolution auf dem ursprünglich gemäßigten Kurs vernünftiger Reformen zu halten, wird wohl weitgehend durch den Ausgang dieser Verhandlungen bestimmt werden.

Während solche überseeischen Schwierigkeiten Englands Prozeß der innern Festigung also nicht hinten halten konnten, beschleunigten ähnliche Ereignisse in Frankreich einen Zerfallsprozeß, der sich zu einem Perikl der Mitte auswuchs. Dabei schien es im Hochsommer vorigen Jahres, als ob es auch in diesem Lande zu einer Konsolidierung der konservativen Kräfte kommen könnte, als de Gaulle etwa 50 seiner Parlamentsmitglieder verlassen hatten, die Front der prinzipiellen Gegner der 4. Republik einen Einbruch erlitt.

Im Dezember traf ein Aufbruch in Casablanca die französische Regierung aber wie ein wohlgezielter Schlag. Bei Zusammenrottungen Eingeborener, die für die Unabhängigkeit ihres Landes und gegen Frankreich demonstrierten, kam es zur Massakrierung von Europäern. Dabei hatte sich zu jener Zeit die französische Presse darauf vorbereitet, einen diplomatischen Sieg zu feiern. Der amerikanische Vertreter bei der UNO hatte sich nämlich in den gleichen Tagen während einer Tunesiendebatte endlich gegen die Frankreich so lästige Einmischung der Vereinten Nationen in seine nordafrikanischen Angelegenheiten ausgesprochen.

Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art, ein Widerwille im Parlament und Volk gegen die von Schuman gemachten Versprechungen zur Einigung Europas, niedergelegt im Deutschlandvertrag und in den Verträgen zur Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, führten zu scharfen Regierungskrisen anfangs und Mitte des Jahres. Dazu mußte Paris Mitte April eine Kriegsausweitung in Indochina in Kauf nehmen, wo Rebellentruppen ins Königreich

Laos eindrangen. Die Erholung unter Pinay wurde unter René Mayer, dessen Nachfolger, zur Erinnerung an eine Episode. Und Straf- und Mahnreden Reynauds und Herriots bei einer zweiten Regierungskrise Mitte des Jahres vermochten nicht, eine Wendung zum prinzipiell Besseren einzuleiten. Die Inflation drohte galoppierenden Charakter anzunehmen und die Franzosen rechneten im Sommer fest mit einer Abwertung im Herbst. Die antiparlamentarische Kampagne nahm zu.

Auch in Italien kam es zu einer Bedrängnis der Mitte, vermochten doch die Parteien des Zentrums sich nur eine Mehrheit von wenig mehr als einem Duzend Sitzen zu wahren bei den Wahlen im Juni. Ihr Wahlsiege geriet daneben; die wichtigste Bestimmung des Wahlgesetzes, das jener Partei oder Gruppe von Parteien, die 50% u. eine aller in Italien abgegebenen Stimmen erhalten würde, durch eine Prämie in der Kammer eine Mehrheit von 65% der Sitze sichern sollte, konnte gar nicht in Wirkung treten, da dem Block der Mitte nicht einmal 50 Prozent der Wähler folgten. Die Monarchisten und Neofaschisten sowie die Kommunisten konnten Fortschritte buchen und in der Folge de Gaulle das Regieren erschweren. Und hätte sich Moskau nicht in den gleichen Wochen Aufruhr und Streiken in seinem direkten Einflußgebiet gegenübersehen, so hätte es sich wohl nachdrücklicher darauf konzentriert, die Erfolge der Extremen in Westeuropa zu seinen Gunsten auszunutzen.

Eindämmen oder Zurückrollen?

Das amerikanische Volk hat General Dwight D. Eisenhower im November vorigen Jahres mit einer deutigen Mehrheit zum Präsidenten gewählt; es hat damit die Republikanische Partei, nachdem sich diese seit



Flughafen Zürich betriebsbereit

Acht Jahre nach dem ersten Spatenstich auf dem Flughafengelände konnte am 9. April das imposante Flughafengebäude in Betrieb genommen werden, dessen Kosten sich auf über 10 Millionen Franken belaufen. Es handelt sich dabei wohl um die modernste Flugabfertigungsanlage Europas. (Photopreß)

20 Jahren in Opposition gedrängt sah, wieder zum Zuge kommen lassen. Der Demokratie dürfte diese Ablösung gut bekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Führung der Republikanischen Partei, hätte diese verloren, in die Hände von Leuten geraten wäre, die wie Mac Carthy immer hemmungslos eine Politik der unbedenklichen Anschwärzungen des politischen Gegners betreiben; so wäre sie zu einer Partei böser Tendenzen geworden. Es ist schon bedenklich, daß in Südamerika, in Argentinien vor allem, ein solcher Kurs immer schärfer durchbricht. Nachdem Eva Peron am 27. Juni 1952 gestorben ist, hat deren Gatte eine noch schärfere Neigung zum Rechts-Extremismus entwickelt; er ließ alle angesehenen Führer der Opposition verhaften, nachdem es zu eigenartigen politischen Leidenschaftsausbrüchen mit Brandstiftungen gekommen war.

Die sorgfältig vollzogene Ablösung der Administration Truman durch eine schrittweise in Verantwortung tretende Regierung Eisenhower verrät eine Besonnenheit in der Führung der unterlegenen Demokraten wie der siegreichen Republikaner in Washington, daß das Vertrauen der westlichen Welt in diesen Vorort der Freiheit zu keiner Stunde ernstlich erschüttert wurde. John Foster Dulles, der Acheson in der Führung des Staatsdepartementes ablöste, empfahl im Gegensatz zu Trumans Politik der Eindämmung die Zurückrollung des Bolschewismus; die Schaffung einer Vergeltungs-

armee wurde in diesem Zusammenhang diskutiert, die sofort in Aktion treten könnte. Als im Sommer General Bradley durch Admiral Bradley abgelöst wurde, lasen Kundige daraus allerdings einen Hinweis, daß der Luftwaffe die Schwingen beschnitten werden sollten, obwohl sie vor allem als Waffe der Vergeltung gelten kann. Die Neigung, die Armee in die Spartendenzen einzubeziehen, setzte sich durch.

Eisenhower und Dulles sahen sich zur gleichen Zeit einer unerwarteten außenpolitischen Lage gegenüber. Am 5. März starb im Kreml an einer Gehirnblutung Joseph Stalin. Es scheint, als ob, teils vielleicht ohne sein Wissen, seine Nachfolge vorbereitet worden ist. Spekulationen auf einen raschen Amoklauf der Selbstvernichtung unter seinen Nachfolgern gingen jedenfalls fehl. Malenkow, der seit Schdanows Tod als Thronerbe galt, der Polizeigewaltige Beria, Molotow, Bulganin, ein Mann der Roten Armee und Kaganowitsch bildeten ein Fünfgespann der Nachfolge. Aus der Tatsache, daß Malenkow seinen Posten als Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei – eine Position in welcher Stalin einst seine Eroberung vorbereitete – bald an Chruschtschew, einen Agrarpolitiker abtrat, zeigt das Bemühen der Nachfolger Stalins, die Macht unter sich zu ähnlichen Gewichten aufzuteilen. Als dann über Nacht am 10. Juli bekannt wurde, Beria, der eine des Fünfgespanns, sei verhaftet worden, wurde offenbar,

daß der Machtkampf unter den Nachfolgern Stalins scharf eingesetzt habe.

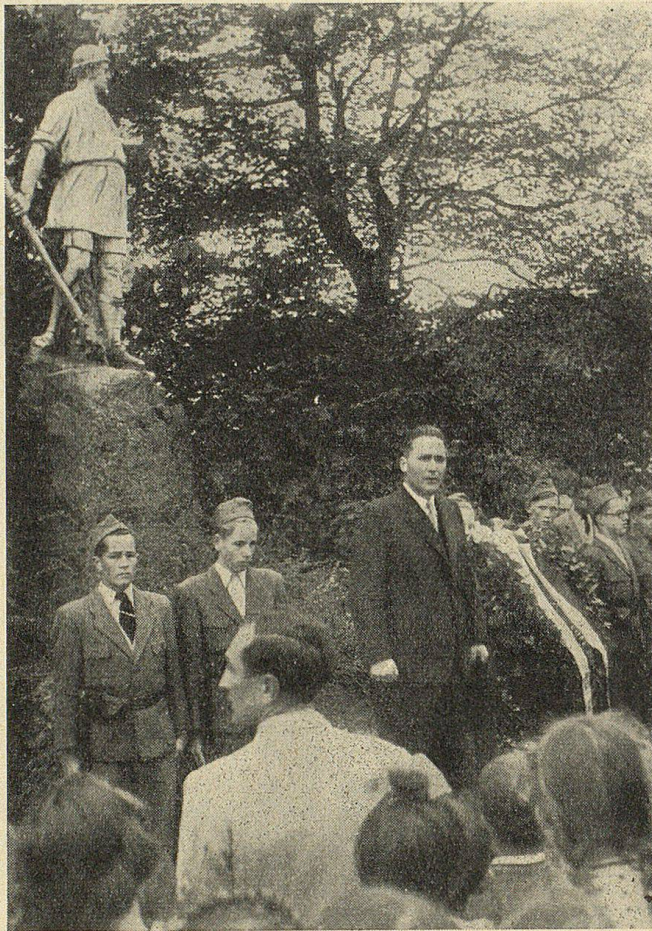
Unmittelbar nach Stalins Tod beeilte sich Malenkov unter Worten der Friedfertigkeit, Versöhnungsgesten zu demonstrieren. Gleichzeitig wurden aber an der Zonengrenze in Deutschland englische und amerikanische Flugzeuge auf üblichen Routineflügen abgeschossen. Es kam zu wechselvollen Friedensgesprächen und zu einer Konferenz über die Sicherheit in den Luftkorridoren Berlins, die einen schlep- pendem Verlauf nahmen. Auf die Friedensschalmeien aus Moskau versprach Eisenhower die sorgfältige Prüfung aller echten Friedensangebote und versicherte, Amerika sei bereit, den halben Weg zurückzulegen, um den Frieden mit Moskau zu finden, möchte aber zunächst Taten sehen und nicht nur Worte hören; in Österreich wie in Korea könnten die Sowjets solche Taten des guten Willens vollbringen.

Churchill, der Eden nach dessen Erkrankung in der Führung des Foreign Office vertrat, trat kurz darauf mit dem Ruf nach einer Konferenz mit den Russen auf „höchster Ebene“ in den Vordergrund. Der Grundakt der Rede Eisenhowers vom 16. April war auf eine Verheißung und eine Drohung abgestimmt gewesen: Die Verheißung zeichnete ein Bild eines alle Grenzen sprengenden Hilfsplanes, die Drohung eben die Zurückdämmung des Bolschewismus aus den nichtrussischen Satelliten- gebieten. Winston Churchill schlug einen andern Ton an, nachdem Molotow in Korea die Freigabe hochstehender Gefangener erwirkt und sich zu ähnlichen kleinen Gesten herbeigelassen hatte. Seine Erwartungen nicht überspannend, meinte der britische Premierminister, ein direktes Gespräch mit den Russen könnte, wenn auch zu keinen faßbaren Abkommen führend, doch etwas bringen, das „besser wäre, als das Menschengeschlecht sich selbst in Stücke reißen“ zu lassen. Eisenhower, in Sorge, der Westen könnte ohne gemeinsame Marschroute bei solchen Gesprächen in Verwirrung geraten, rief die Engländer und Franzosen zu einer Dreierkonferenz auf Bermuda zusammen. Nicht zuletzt wegen einer Regierungskrise in Paris

mußte das Treffen zweimal vertagt werden. Ende Juni, ausgerechnet an dem Tage, da es in Paris dem Unabhängigen Daniel gelang, endlich eine Regierung zu bilden, mußte der Arzt Churchill verbieten, nach den Bermudas zu fahren und ihm gebieten, sich für längere Zeit zur Erholung auf sein Landhaus zurückzuziehen. Zu Überstürzungen konnte es also nicht mehr kommen.

In Panmunjom war es indessen zu einem Aus-

tausch der kranken Gefangenen gekommen und schließlich zu einer Einigung über den Austausch aller Gefangenen in einer Form, die dem Geist und den Worten der Rotkreuzkommission entsprach. — Eine Gruppe von Schweizern wurde rekrutiert, um mit Schweden und Indern und zu Neutralen deflierten Volksdemokraten aus Polen und der Tschechoslowakei bei der Heim- schaffung der Gefangenen Beistand zu leisten. Der Abschluß eines Waffenstillstandes schien in die Nähe gerückt, als am 17. Juni Syngman Rhee, Staatspräsident Südkoreas, den Befehl zur Freisetzung der antikomunistischen gefangenen Nordkoreaner gab und sich damit gegen die Autorität der Uno ver- ging und die Waffenstillstandsverhandlungen gefährdete. Nach zähem heilschen kommunistischer- seits und fast endlosen Verhandlungen des amerikanischen Sonderbeauftragten Robertson mit dem eigenwilligen Syngman Rhee konnte schließlich am 27. Juli der Waffenstillstand zwischen den

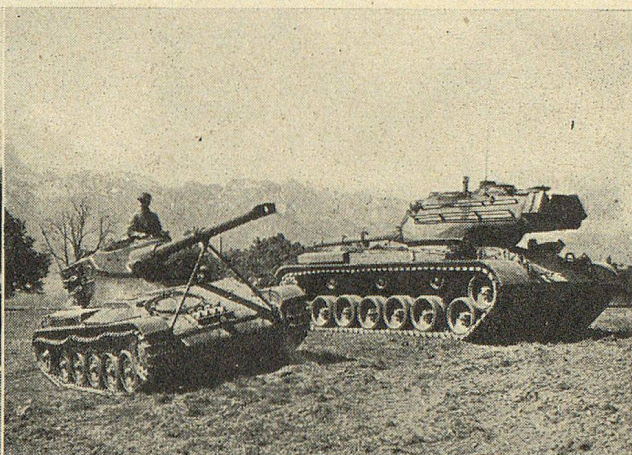
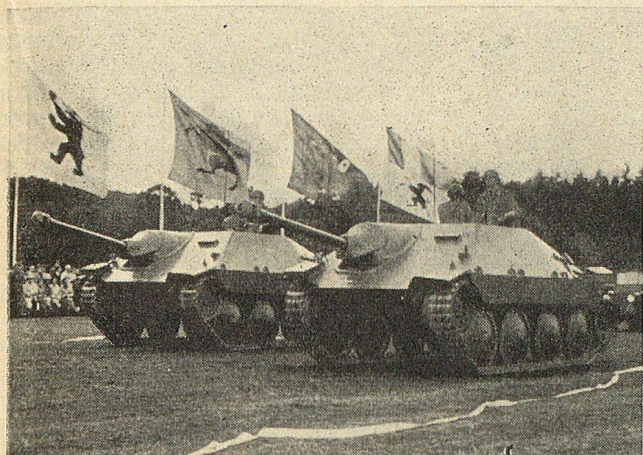


550-Jahr-Gedenkfeier auf Vögelinsegg

Die Appenzeller gedachten am 15. Mai 1953 der 550. Wiederkehr des Schlachtereignisses von Vögelinsegg. Landammann Bodmer hält die Gedenkrede beim Schlachtdenkmal. (Photopreß)

Bereinten Nationen und den Kommunisten unterzeichnet werden. Beide Parteien haben sich hinter eine 4 Kilometer breite Zone zurückzuziehen. Die Kriegs- gefangenen beider Parteien sind innert 60 Tagen zurückzugeben, sofern sie eine Heimkehr wünschen.

Innert drei Monaten hat die politische Konferenz zusammenzutreten (man spricht dabei von Genf), um die politischen Fragen friedlich zu lösen. Singman Rhee hat sich von diesem Waffenstillstand in aller Form distanziert und betont, daß ein wahrer Friede unmöglich sei, solange eine Million fremder Soldaten 40 km vor der südkoreanischen Hauptstadt stehe. Das Ziel der Kommunisten bilde nicht der Friede, sondern die Eroberung ganz Ko-



Wehrhafte Schweiz

Das Schweizervolk scheut keine Anstrengungen, um seine Armee durch Ausrüstung mit modernsten Waffen auf der Höhe der Zeit zu erhalten. Panzerjäger-Abteilung beim Defilé der Leichten Brigade 3 auf dem St. Galler Breitfeld (Bild links). — Panzerwagen französischer (links) und amerikanischer Konstruktion (rechts) bei Demonstrationsvorführungen im Gurnigelgebiet (Bild rechts)

(Photopreß)

reas. Sollte die politische Konferenz zu keiner Lösung des Koreaproblems führen, betrachte sich die südkoreanische Regierung frei, nach ihrem Ermessen zu handeln, d. h. mit oder ohne militärische Unterstützung seitens der Vereinten Nationen den Krieg wieder aufzunehmen. Man ist also, so wie die Dinge heute liegen, noch weit entfernt von einem wahren Frieden in Korea, so groß bisher auch auf beiden Seiten die Opfer an Gut und Blut gewesen sind.

Die Revolte der Unterdrückten

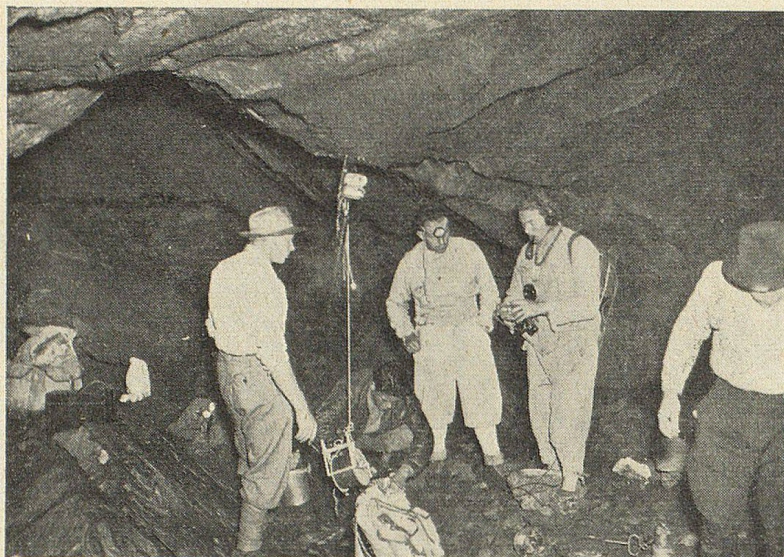
Die Stimme Amerikas und andere als Befehlsposten der psychologischen Kriegsführung dienende Radiosender des Westens sandten nach dem Tode Stalins Botschaften der Aufmunterung zum Ausharren und zum Kampf um die Freiheit in den Raum der von den Sowjets Unterdrückten. Man zeigte sich in Washington enttäuscht, kein Echo darauf zu hören. Zu früh. Schon die Halbalfierung kommunistischer Größen – als erste mußte Anna Pauker, Rumäniens Außenministerin, daran glauben – der Hocherratsprozeß gegen Gansky, Außenminister Elementis und weiterer 12 Prominenter im November in Prag mit seinen Begleiterscheinungen antisemitischen Charakters, zeugten nicht nur von üblichen Ablösungen in der führenden Kommunistenclique, sondern von schweren Spannungen innerhalb der unterdrückten Völker. Und als Klement Gottwald, der tschechische Staatspräsident wenige Tage nach seiner Rückkehr vom Begräbnis Stalins plötzlich starb, ging sogar das Gerücht um, man habe in Osteuropa zum Gift als Mittel zur Lösung politischer Krisen gegriffen. Im Frühommer kam es in Pilsen zu Streiken und offenen Unruhen.

In das östliche Aufmarschgebiet hatte sich der Hunger als „Saboteur“ eingeschlichen, dem man keinen Prozeß machen kann. Eine aus der deutschen Sowjetzone einsetzende Massenflucht, die täglich Tausende von Verplagten nach Westberlin führte, zeugte von einer allgemeinen Verdüsterung des Lebens. Probst Heinrich Grüebler, der Bevollmächtigte der evangelischen Kirche bei der Sowjetzonenregierung, entschloß sich zur Flucht in die

Öffentlichkeit und hängte im Schaukasten der Ostberliner Marienkirche Zeugnisse der Verschärfung der Kirchenverfolgung nieder.

Als Bundeskanzler Adenauer Mitte April von seinem Amerikabesuch die Zusicherung Eisenhowers heimbrachte, Washington werde angesichts der offensibaren Differenz zwischen freundlichen Worten und grausamer Praxis der Sowjets als Beweis der russischen Verständigungsbereitschaft in der deutschen Frage allensfalls die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland und die Freilassung der deutschen Gefangenen in Rußland anerkennen, entschloß sich der Kreml, die freundlichen Worte durch freundliche Gesten zu unterstreichen; er hoffte, so um echte Zugeständnisse heranzukommen. Die Bekanntgabe der Reorganisation der Sowjetverwaltung, welche mit der Auflösung der sowjetischen Kontrollkommission und der Errichtung einer Hochkommission einherging, der Abschluß eines Abkommens mit der evangelischen Kirche kündeten einen neuen Kurs an. In Österreich kam es zu Gesten ähnlicher Art.

Über am 17. Juni kam es in Ostberlin zu offenen Demonstrationen gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen, die sich zu einer Volksereignis gegen die deutschen und russischen Sowjets auswuchsen. Der Protest gegen die Sklaverei mündete in den Ruf nach freien Wahlen; der Chor der Unterdrückten nahm damit eine Parole Adenauers auf und grollte in die diplomatischen Gespräche zwischen Ost und West. Russische Panzer fuhren auf und der Ausnahmezustand wurde über die ganze Sowjetzone verhängt, wo es in Marburg, Leipzig, Halle, Chemnitz und anderen Städten und in den Uraniumgruben zu gleichen Demonstrationen und Befreiungen kam. Statt mit Samthandschuhen Deutschlandspolitik treiben zu können, sahen sich die Sowjets gezwungen, Panzeräufste zu zeigen und durch Ausnahmegerichte Todesurteile aussprechen zu lassen. Einer der wichtigsten Programmpunkte des „neuen“ Kurzes des Kremls, die Isolierung Adenauers, wurde durch den Aufruhr, der ausgerechnet von der sowjetischen Renommierallee in Ost-



Die Höllochgrotten im Muothatal

die sich kilometerweit in den zerklüfteten Kalkfelsen erstrecken, gelangten im Herbst 1952 zu einer gewissen Berühmtheit, da dort eine vierköpfige Forschungs Expedition durch Wassereinbrüche zehn Tage lang blockiert war, was zu umfangreichen Rettungsaktionen Anlaß gab, die sich aber als unnötig erwiesen. (Photopreß)

Berlin seinen Ausgang nahm, durchkreuzt. Ulbricht, Grotewohl und deren Leute standen als Hampelmannen des Kremls da und die Unruhe schlug zurück in die andern unterdrückten Völker Osteuropas, was in Ungarn Anfangs Juli nicht nur zu einem Kurs-, sondern auch zu einem Regierungswechsel führte.

Helvetische Chronik

Die Erinnerungsfeiern an die Gründung der Mediationskantone, die dem Jahr mit der Feier Berns zum 600. Jahrestag der Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft festliche Akzente gaben, sind von den verschiedenen jüngsten Gliedern der Eidgenossenschaft mit unterschiedlicher Hingabe begangen worden. Die unangenehmen Geburtshelferdienste Napoleons sind eben nicht vergessen. Sie seien es auch nicht. Napoleon hat, als er sich vor 150 Jahren die Fürsprecher der „Einen und Unteilbaren Helvetischen Republik“ anhörte und jene, die für die Gliederung in eigenständige Kantone sprachen, sich für deren föderalistische Lösung entschieden. Zentralistisch wie er war und Frankreich selbst beherrschte, meinte er, mit dem Föderalismus einen Hebel dauernder Herrschaft über der Schweiz in die Hände zu bekommen. Seiner Mediations- oder Vermittlungsakte danken die Kantone St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Aargau, Tessin und Waadt ihre Form.

Sie durften ihre Fahnen erhobenen Herzens hochziehen zu den Feiern, trotzdem ein Gewalt Herrscher ihre Geburtsurkunde diktiert hatte. Der Föderalismus, das Instrument, das zu ihrer Beherrschung gedacht war, wurde auch in ihren Gauen eben zu einer Wehr des eidgenössischen Unabhängigkeitswillens mitgeschmiedet. Die Totalitätsansprüche, die, gestützt auf rassische, sprachliche oder soziale Doktrinen, auch die Eidgenossenschaft bedrohten – die marxistische Variante dieser Ansprüche ja gerade heute – stießen auf einen Unabhängigkeitswillen, der ungebrochen

war und ist. Der Föderalismus ließ eben keine vergiftenden Minderheitenprobleme entstehen. Vielleicht ist es zu hoch gegriffen, wenn man heute von einem starken Staatsbewußtsein der Mediationskantone spricht, sprechen aber darf von eigenen Lebensarten, durch die sich die Bürger der verschiedenen Kantone unterscheiden.

Ehre und Wehr in der Außenpolitik

Im Konzert der Mächte läßt man unsere Stimme nicht nur gelten, sondern schätzt sie – trotz oder vielleicht sogar wegen unserer Neutralität. Der Bundesrat sah sich Ende Februar jedenfalls gedrängt, Amerika, Italien und England die Umwandlung ihrer Gesandtschaften in Bern in höherrangige Botschaften zuzugestehen. Er ließ sich allerdings nicht darauf verpflichten, Gegenrecht zu halten. Werden wir aber ohne Botschafter auskommen? Mit ihnen würde man in die feudalen Ränge der Diplomatie klettern; das wären Kletterkünste, gegen die demokratische Einwendungen erhoben würden. Ein Land, das wie die Schweiz gut und gern ohne Marschälle auskommt,

das sich im Notfall sogar mit einem einzigen General zu wehren weiß, braucht eigentlich keine Botschafter, um seine außenpolitischen Interessen wahrzunehmen.

Und die Ehre der Schweiz wahrt man, wie der Bundesrat glücklicherweise recht wohl versteht, nicht durch glanzvollere Titel. Als es sich Mitte Mai der tschechoslowakische Geschäftsträger in Bern einfallen ließ, mit dem Vertreter des Bundesrates den Kommunistenhäuptling Emil Mrnold zu einem Empfang einzuladen, wurde Prag aufgefordert, den Herrn umgehend heimzurufen, ein Begehren, dem man ohne Kommentar entsprach. Der Bundesrat ließ sich nicht schweigend dadurch beleidigen, daß der Mann, den das Bundesstrafgericht wegen Vergehen gegen die Sicherheit des Landes verurteilte und für zwei Jahre der bürgerlichen Ehren entkleidete, mit seinem Vertreter an einen Tisch gesetzt wurde.

Die Tatsache, daß außenpolitische Fragen erfreulicher und weniger erfreulicher Natur den Bundesrat häufig beschäftigen, ist kennzeichnend für neue Entwicklungen. So ist die Ernennung einer ständigen Delegation bei der Montanunion in Luxemburg eine Anerkennung der Kraft der europäischen Zusammenschlußbestrebungen. Die durch die ostdeutsche Regierung erzwungene Schließung der Büros der Eidgenossenschaft in Ostberlin – sie dienten als Sozialabteilung in der ehemaligen deutschen Hauptstadt vor allem der Betreuung der Schweizer in Ostdeutschland – spricht im Gegensatz dazu vom europäischen Auseinanderleben an der ost-westlichen Zonen-grenze.

Und die Auslandsreisen von Bundesräten – Bundesrat Weber fuhr Anfangs des Jahres nach Bonn zur Regelung von Finanzfragen und Bundesrat Escher nach Paris an eine internationale Verkehrskonferenz – zeugen von einem starken Bedürfnis unserer Landesväter nach persönlichen Augenscheinen

und Fühlungnahme in ausländischen Regierungszentren.

Wen wundert es, daß die Diskussion über die Neutralitätspolitik dadurch angefaßt wurde? Das ist auch in Ordnung und entspricht dem wahren politischen Interesse. Es ergab sich dabei übrigens, daß die Neutralitätspolitik im Kern nicht bestritten ist; die Ausnahme einer verunglückten Augustrede, die abschnittsweise nicht gehalten sondern eben nur diskutiert wurde, bestätigte die Regel. Die Neutralitätspolitik hat sich deshalb sehr tief in das Verständnis des Volkes gesenkt, weil sie sich mit dem alteingewurzelten Mißtrauen der kleinen Macht gegenüber d. Großmächten jeder Erscheinung verflocht, und dieses Mißtrauen ist wiederum eine Quelle unseres Behrwillens, von welchem im Frühjahr an den Manövern in der Ostschweiz Zeugnis abgelegt worden ist.

Des Volkes Wille

Im Berichtsjahr haben Bundesrat und Parlament, oft in einem Glied mit Parteien und Verbänden stehend, einigemal erleben müssen, daß ihre wohlwollenden Lösungen durch ein recht kräftiges Nein des Volkes durchgeführt wurden. Wenn sie sich dadurch auch um den Preis vieler Mühen geprellt sahen, so kennt die Schweiz die Institution der Regierungskrise durch Sachentscheidungen nicht. Glücklicherweise muß auf solche Zurückweisungen der Bundesrat keine „letzten“ Konsequenzen ziehen und zurücktreten, sondern nur andere Wege suchen. Dieser Übung ist die weise Anerkennung des Umstandes eigen, daß jedem menschlichen Wirken der Irrtum eingeboren ist. Der Zug zu einer absoluten politischen Rechtgläubigkeit mit absolut richtigen Lösungen kommt deshalb unter Eidgenossen nicht auf. Das ist erfreulich.

So ist ohne Dramatisierung zu registrieren, daß das Resultat der Urnengänge als hervorstechendes Merkmal eine Häufung der Verneinungen ergibt, in denen aber sonst recht gegensätzliche Tendenzen ihren Ausdruck fanden. Am 6. Juli verwarf das Volk die Vorlage über die Finanzierung der Aufrüstung mit 353 522 gegen 256 195 Stimmen. Am 8. Juli wurde gemeldet, das Referendum gegen die Luftschutzbauten sei mit 95 754 Unterschriften zustande gekommen, und schon



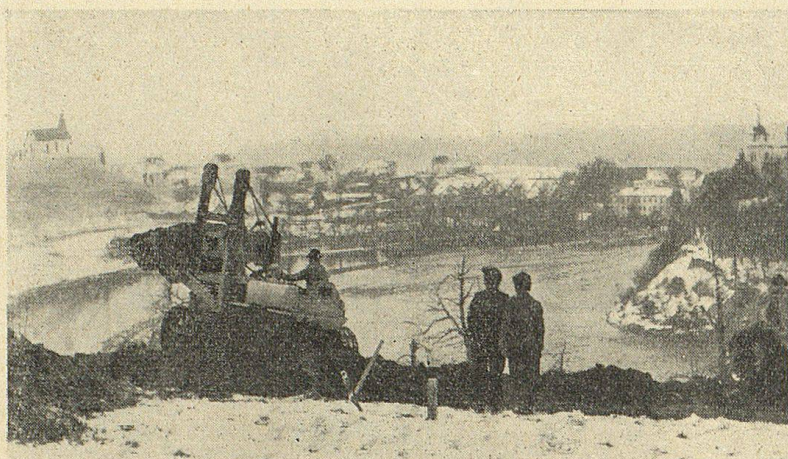
Unwitterschäden im Sommer 1953

Die durch die anhaltend starken Regenfälle verursachten Hochwasser und Runsengänge haben sich im Glarnerland zu einer eigentlichen Katastrophe ausgeweitet. Zu den am schwersten betroffenen Ortschaften gehört Leuggelbach, das durch einen Runsenniedergang heimgesucht wurde (Bild links).

Schwerer Erdsturz in Schmerikon vernichtet sechs Häuser. Oberhalb Schmerikon gerieten unter dem Druck des gestauten Wassers zirka 25 000 Kubikmeter Erde in Bewegung, um sich wie ein Lavastrom in einem zirka 200 Meter breiten Schuttkegel mitten auf den Dorfkern zu wälzen. Sechs Häuser standen bis zu den Giebeln im Schlamm. Unser Bild zeigt links ein verschüttetes Haus, aus dem die Bewohner ihre Habseligkeiten retten (Bild rechts). (Photopress)

am 5. Oktober erwies es sich dann, daß 603 917 Bürger gegen deren 489 461 tatsächlich von einem massiven und kostspieligen Luftschutz nichts wissen wollten. Im selben Urnengang hießen 492 885 Bürger gegen deren 232 007 die Vorlage gegen die Tabakkontingentierung gut. Zur gleichen Zeit erfuhr man, daß ein Referendum gegen das Postarengesetz zustande gekommen sei, das dann am 19. April mit 465 476 Stimmen gegen 266 982 Anklang fand, das heißt, das Gesetz wurde verworfen. Regierungsfreundlich mit einem Zug zum wirtschaftlichen Dirigismus zeigte sich der Souverän am 23. November, indem er mit 488 485 gegen 289 400 Stimmen der befristeten Verankerung der Preiskontrolle und mit 582 132 gegen 187 804 Stimmen der Verlängerung der Getreideordnung zustimmte.

Ungenutzt lief am 29. Dezember 1952 die Referendumsfrist gegen das neue Bürgerrechtsgesetz ab. So trat dieses in Kraft und schenkt den Schweizerinnen, die einen Ausländer heiraten, die Möglichkeit, während der Verlobung oder Trauung durch eine schriftliche Erklärung ihr schweizerisches Bürgerrecht in die Ehe mitzubringen. Die schweizerischen Frauen wurden damit einmal mehr mit einem sachlichen Recht ausgestattet. Und es scheint, als ob die Neigung wüchse, sie politisch den Män-



Beginn der Bauarbeiten für das Kraftwerk Rheinau

Nachdem der Bundesrat seinen endgültigen Entscheid in Sachen des heftig umstrittenen Rheinkraftwerkes gefällt hat und die Gründung der Elektrizitätswerke Rhein AG. erfolgt ist, hat letztere unverzüglich mit den Bauarbeiten begonnen. Unser Bild zeigt die Flußschleife bei Rheinau, rechts außen die Gebäulichkeiten des ehemaligen Klosters. (Photopreß)

nern völlig gleichzustellen. In einer Volksabstimmung ist Ende November von den Frauen des Kantons Genf auf Beschluß des Großen Rates zu dieser Frage eine konsultative Abstimmung durchgeführt worden, in welcher sich 35 133 Stimmberechtigte gegen 6346 dafür aussprachen, den Frauen das Stimmrecht zu schenken. Das Schweizervolk, das sich wie jeder Souverän das Recht herausnimmt, Launen zu haben, dürfte, wenn die Frauen einmal mitstimmen, noch weniger als bisher geneigt sein, auf sie zu verzichten. Vorerst ist es aber nicht soweit, lehnten die Genfer doch in der ordentlichen Abstimmung die Vorlage auf Einführung des Frauenstimmrechtes mit 17 967 Nein gegen 13 419 Ja ab.

Im Spiegel der Ostschweiz

Die St. Galler sind dieses Jahr mit höchsten Würden und Ehren begeset worden. Der Nationalrat wählte den katholisch-konservativen Dr. Thomas H o l e n s t e i n zu seinem Präsidenten und der Ständerat den katholisch-konservativen Johannes S c h m u k i. Das machte sich im Jubiläumsjahr, das im angrenzenden Thurgau und in Graubünden auch zu einem Wahljahr wurde, gut. Bei den thurgauischen Großratswahlen gewannen die Sozialisten zwei Sitze, die Bauern und Freisinnigen verloren deren drei, davon eben zwei an die Sozialisten und einen an die evangelische Volkspartei. Und die katholische Volkspartei nahm den Freigeldlern ihr einziges Mandat ab. Beim Ausschwinget in G r a u b ü n d e n erhielten von den 103 Großratsitzen die Konservativen und Christlichsozialen 34 Sitze, die Demokraten 32, die Freisinnigen 29, die Sozialdemokraten 6 und die Fraktion der Parteilosen 2 Sitze. Das Bezeichnende ist, daß die Demokraten 6 Sitze verloren haben, die Sozialdemokraten einen, während die Freisinnigen 5 Sitze und die Konservativen und Christlichsozialen zusammen drei Mandate gewannen.

Das Bild, das die Bündner Wahlen ergaben, deckt

sich eher mit einem Zug, der sich in der ganzen Schweiz abzeichnet als jenes, das die Thurgauer Großratswahlen zeigen. Im allgemeinen ist nämlich in der deutschen Schweiz ein Vormarsch des Freisinn, ein Zug nach rechts, bei einer Stärkung der Linken im Belschland festzustellen, was sich bei Sachentscheiden eben auch darin manifestiert, daß die Belschen heute zentralistischen Lösungen freundlicher gestimmt sind als die Deutschschweizer, bei welchen der Zug zum Konservativen auch mit einem Wunsch nach föderalistischen Lösungen einhergeht.

Am sommerlich warmen L a n d s g e m e i n d e s o n n t a g vom 26. April wurde als regierender Landammann von Appenzell A. Rh. Nationalrat Dr. Albert Broger gewählt. Die gleichentags abgehaltene außerrhodische Landsgemeinde sah hohe Gäste, so Minister Chauvel, den französischen Botschafter und Oberstdivisionär Annasohn. Es war eben auch in diesem eidgenössischen Gau ein Jubiläum zu feiern, und zwar eines mit einer ehrwürdigen Zahl Jahrringe, sind es doch 550 Jahre her seit der Schlacht bei Bögelsinseg. Für den zurückgetretenen Regierungsrat Eugen P r e i s i g aus Herisau wurde Gemeindehauptmann Jakob L a n g e n a u e r in Rehetobel gewählt. Und am 3. Mai half die Glarner Landsgemeinde Landammann Heinrich H e e r als Nachfolger von Melchior H e f t i in den Ständerat und wählte Fridolin H a u s e r in Näfels ins Obergericht und Hans Z w e i f e l zum Kriminalrichter.

Wäre das Wetter nur so wenig den Extremen zugeeignet wie das Volk in seinen kantonalen Kreisen und in seiner eidgenössischen Gemeinschaft, so wäre über das Frühjahr fast nichts Unerfreuliches zu melden. So aber muß notiert werden, daß nach den frühlinghaft milden Landsgemeindesonntagen noch ein Frost über das Land brach und in der Nacht zum 11. Mai das Thermometerquecksilber um mehrere Grade unter den Nullpunkt trieb, sodaß Aeben und Obst bösen Schaden erlitten und die Eschen – ja strichweise sogar die Buchen – schwarzen Laubes standen statt in jungem Grün. Und in der vierten Juniwoche ließen anhaltende Regenfälle alle Gewässer in der Ostschweiz, aber auch in vielen andern Landesgegenden reißend über die Ufer treten und neuen großen Schaden stiften; auch das Wetter will eben als Großmacht nicht vergessen werden.

Zotentafel

Jede gesunde Entwicklung, sei es auf politischem, wirtschaftlichem oder kulturellem Gebiete wird weitgehend bestimmt und gelenkt durch den persönlichen Einsatz von Menschen, die an Intelligenz, Tatkraft und Charakter das durchschnittliche Maß überschreiten. Darum soll am Schlusse der Jahresübersicht derer gedacht werden, deren Lebenswerk, das für weite Kreise segensreich geworden ist, nun vollendet da liegt. – Mit Nationalrat und Stadtpräsident Dr. Max B e v, Luzern, ist ein unermüdlicher Kämpfer für Recht und Freiheit, ein liberaler Politiker



1. Nationalrat und Stadtpräsident Dr. Max Wey, Luzern. 2. Regierungsrat Joh. Willi, Gais. 3. Dr. iur. Albert Hautle, Goldach. 4. Dr. med. Albert O. Ritzmann, Trogen/Wädenswil. 5. Oberstkorpskommandant Jakob Huber, Generalstabschef. 6. Oberstdiv. Joh. Berli. 7. Oberstdiv. Albert v. Salis. 8. Oberstdiv. Claude du Pasquier, Neuenburg. 9. Oberst der Justiz und Staatsanwalt Dr. Herm. Hagenbüchli. 10. Dr. Raymund Vieli, Chur. 11. Prof. Dr. Friedrich Niggli, Zürich. 12. Prof. Dr. med. Ernst Anderes, Zürich. 13. Staatsschreiber Dr. Franz Odermatt, Stans. 14. Bundesrichter Dr. Arthur Couchepin, Lausanne. 15. Friedrich Frey-Fürst, Luzern. 16. Dr. h. c. Robert Sulzer, Industrieller, Winterthur.

von bester schweizerischer Prägung ins Grab gesunken. «Patriae inserviendo consumor» (im Dienste des Vaterlandes reibe ich mich auf) darf füglich als Kennwort dieses Lebens gelten. Schon in jungen Jahren war Dr. Wey in den Luzernischen Regierungsrat gewählt worden. 1939 übernahm er das Amt des Stadtpräsidenten von Luzern, das er bis zu seinem Tode innehatte. Seit 1935 war Dr. Wey auch Mitglied des Nationalrates, den er 1946/1947 präsidierte. Die Krönung seiner parlamentarischen Tätigkeit bildete die intensive Mitarbeit bei der Vorbereitung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, dieses für den sozialen Frieden und Ausgleich unseres Landes so wichtigen Gesetzgebungswerkes. – Als hochangesehener Vertreter der schweizerischen Metallindustrie und Handelsunternehmungen starb bei nahe 84jährig in Zug Dr. Oskar Weber. Nach erfolgreichem Studium an der ETH wurde er schon früh in die Praxis gestellt und brachte das zusammengebrochene Unternehmen der Metallwarenfabrik in Zug in kurzer Zeit zu neuer Blüte. Andere verwandte Betriebe schlossen sich an; zuletzt folgte die Angliederung von Warenhausbetrieben, da Weber überzeugte war, daß Warenhaus und Detailhandel in vernünftigem Ausgleich nebeneinander wohl bestehen können. – Von gleichem Geiste beseelt war auch der im 81. Jahre verstorbene Dr. h. c. Robert Sulzer, in Winterthur, der, verpflichtet der Tradition seiner Vorfahren, die Sulzerischen Unternehmungen im In- und Auslande leitete und über Fabrik und Maschinen die Menschen nicht vergaß. – In den Krisenjahren unserer Hotelindustrie hat Friedrich Frey-Fürst, Luzern, das große Bürgenstockunternehmen aus den Händen ausländischer Spekulantinnen gerettet und zu einem der schönsten Kurorte nicht nur der Schweiz ausgebaut; zu neuem Leben brachte er auch das Parkhotel Giesbach, wodurch er die berühmten Giesbachfälle für die Nachwelt erhielt. Eng verbunden ist auch sein Name mit dem Kunstmuseum Luzern und andern Bauten dieser Stadt. – Regierungsrat Johannes Willi von Gais hatte als Landwirtschaftsdirektor von Appenzell A. Rh. während des letzten Krieges die nicht leichte Aufgabe, auf dem kargen, für Feldbau wenig günstigen Boden seiner engeren Heimat die „Anbauschlacht“ zu organisieren, was dem von der Industrie herkommenden Manne trefflich gelang. – Mitten aus einem erfolgreichen Wirken heraus wurde Oberstdivisionär Johann Berli durch Herzschlag gerissen. Ursprünglich Rechtsanwalt, trat er dem Infanteriekorps bei, machte sich um den Ausbau der Infanterie und ihre Ausrüstung mit modernen, besonders panzerbrechenden Waffen verdient. 1947 wählte ihn der Bundesrat zum Waffenchef der Infanterie unter gleichzeitiger Beförderung zum Oberstdivisionär. – In seinem Heimatdorf Zonen wurde Oberstkorpskommandant Jakob Huber bestattet, der 1940–1945 mit General Guisan die schwere Verantwortung für die militärische Sicherheit unseres Landes trug. Unererschütterliche Ruhe, Gründlichkeit und Ideenreichtum zeichneten diesen seltenen Organisator aus, dessen Bericht über den Aktiviendienst eine Fundgrube militärischen Wissens darstellt. – Im hohen Alter von 88 Jahren wurde Oberstdivisionär Hans Pfyster von Altishofen, der Kommandant der Gotthardbefestigungen in den letzten Jahren des ersten

Weltkrieges zur Großen Armee abberufen. Mit ihm ist einer der ältesten Heereseinheitskommandanten verschieden. Er befehligte während einer Reihe von Jahren die 10. Infanteriebrigade und später die Zürcher Brigade 17, worauf dann die Ernennung zum Kommandanten der Gotthardbefestigung erfolgte. – Ein weiterer Offiziersveteran, Oberstdivisionär Albert von Salis, gleichfalls Kommandant der Gotthard-Festung von 1927 bis 1934, verstarb in hohen Jahren in Kastanienbaum bei Luzern. – Der frühere Kommandant der 2. Division, Oberstdivisionär Claude du Pasquier, Neuenburg, war der Typus des wissenschaftlichen Militärs von hohen Qualitäten. Der fein gebildete Jurist und Militär verfaßte zahlreiche militärische Studien und Artikel für die Presse. – In Walenstadt verschied im 73. Altersjahr Oberst A. Schlegel, Platzkommandant. Er war ein eifriger Förderer des freiwilligen Schießwesens. – Oberst Robert Biser in Genf, gebürtig von Gais, blieb, obschon ihn der Beruf in einer andern Landesgegend festhielt, infolge seiner militärischen Chargen stets in Verbindung mit seiner engeren Heimat. Robert Biser ist in Teufen aufgewachsen, wo seine Mutter seinerzeit den „Hirschen“ führte. 1913/14 besuchte er die Merkantilabteilung der Kantonschule Trogen und wandte sich in der Folge dem Bankfache zu. Die vielen Appenzeller, die unter Oberst Biser Dienst geleistet haben, werden ihren ehemaligen Vorgesetzten in bester Erinnerung bewahren. – Der zürcherische Staatsanwalt Dr. Hermann Hagenbüchli hatte vom Bundesrat den Auftrag zur Untersuchung der Thuner Pferdeaffäre (die sich übrigens als maßlos aufgebauscht erwies) erhalten. Mitten aus seiner Untersuchungstätigkeit heraus wurde er infolge eines akuten Leidens durch den Tod abberufen. Er bekleidete auch das Amt eines Großrichters der 9. Division. – Der rätomanische Philologe Dr. Raymond Veli war dreißig Jahre Romanischlehrer an der bündnerischen Kantonschule in Chur und Redaktor des rätomanischen Wörterbuches des Bündner Oberlandes. Er war einer der Führer der rätomanischen Bewegung, die er auch in der Schweiz, Schillerstiftung und im Zentralvorstand der Schweiz. Mundspruchgesellschaft vertrat. – Dr. iur. Albert Hautle, Goldach, war recht eigentlich der Pionier des „Nordostschweizerischen Verbandes für Schifffahrt Rhein-Boden-see“, den er während 40 Jahren mit unermüdlichem Idealismus leitete. Dr. Hautle war ein Mann eigener Prägung. Er war hinter allem praktischen Wirken eine eigentliche Gelehrtennatur mit stark philosophischem Einschlag. Mit steter Zähigkeit, mit einer ziel- und zweckbesonnenen Beharrlichkeit hat er seine vielgestaltigen Aufgaben gemeistert und für alles Zeit gefunden, womit er nützen und helfen konnte, nicht zuletzt auch für die Kirche und Schulgemeinde. – Um Dr. iur. Guido Eigenmann, Rechtsanwalt, a. Kantonsrat in St. Gallen war es schon seit längerer Zeit still geworden. Er war seinerzeit Zentralpräsident des Verbandes der Stickereiindustrie sowie des Eidg. Eisenbahnerverbandes. Im gesellschaftlichen Leben der Stadt St. Gallen spielte Dr. Eigenmann als Präsident des Männerchors „Harmonie“ eine bedeutende Rolle. – Als Wissenschaftler wie als praktischer Arzt hat der Professor für Gynäkologie und Geburtshilfe an der Universität Zürich, Dr. Ernst Anderes, Hervorragendes

des geschaffen. Ein Arzt, der nicht nur sicherer Diagnostiker und Therapeut war, sondern auch mit Feingefühl und Takt auf das Seelische des Patienten einging. So gab er den jungen Ärzten mit dem wissenschaftlichen Rüstzeug die hohe Gesinnung ihres Berufes mit auf den Weg. – Ein anderer bedeutender Lehrer an der Zürcher Hochschule war Dr. Friedrich Niggli, Prof. der Mineralogie. Er gehörte zu den Gelehrten, die über ihr enormes Fachwissen hinaus den Sinn für die großen Zusammenhänge sich bewahrten, mit philosophischem Geiste in die Tiefe der wunderbaren Geheimnisse der Natur eindringen und in musterhafter Klarheit auch den Laien in sie einzuführen wußten. – Dr. Albert D. Kismann wirkte 25 Jahre in Trogen, dessen Bezirksspital durch seine Tätigkeit weit über die engen Grenzen hinaus bekannt wurde. Der ausgezeichnete Chirurg und Geburtshelfer leitete später eine Privatklinik in Wädenswil. – Ein gottbegnadeter Lehrer war Dr. Jakob Stauber, Prof. der Mathematik an der Kantonschule Trogen, der auch in der eidg. Maturitätskommission wirkte, vorbildlich nicht nur als Lehrer, sondern auch als Charakter, der härteste Schicksalschläge meisterte. – Tief verwurzelt im heimatlichen urschweizerischen Boden war Franz Ddermatt in Stans, der 32 Jahre dem nidiwaldischen Volke und seinen Behörden als Staatschreiber treu gedient hat. Mit Leidenschaft und Gradheit vertrat er den liberalen Staatsgedanken ebenso wie die Anliegen seiner engeren Heimat und als Verfasser von Romanen und Novellen bewies er seine tiefe Verbundenheit mit dem Volke. – Eine Vertreterin bester Tessiner Kultur war die Dichterin Frau Rosa Elemente Lepori, in

der fraulicher Charme, Geist und sinnige Dichtergabe zu schöner Einheit sich verband. – Bundesrichter Arthur Couchepin hatte dem obersten Gerichtshof der Eidgenossenschaft seit dem Dezember 1936 angehört (sein Vater war ebenfalls Bundesrichter). 1928 wurde er Sekretär der Industriellenkammer des Wallis. Der Verstorbene gehörte der Freisinnigen Partei an und entfaltete in seiner engern Heimat eine rege politische Tätigkeit. Als Bundesrichter leitete er u. a. die Voruntersuchung in der Strassache Dr. Ody. In der Armee war Oberst Couchepin u. a. Kommandant des Walliser Regiments 6. Aus seiner Feder stammt die bekannte Schrift «Le réduit national», die in den Weltkriegsjahren den nationalen Widerstandsgedanken gegen jede Aggression popularisierte. – Im 79. Lebensjahr verschied in St. Gallen nach längerem Leiden Weltmeisterschütze und Büchsenmacher Caspar Widmer, dessen hervorragendes Können als Stutzer- und Pistolenschütze in der alten und neuen Welt den Ruf der Schweizer Schützen festigen half. – Im hohen Alter verschied in Zürich der Bündner Kunstmaler Anton Christoffel, der, obwohl seit vielen Jahren in Zürich wohnhaft, durch seine Kunst mit dem heimatlichen Graubünden eng verbunden blieb. – Mitten aus seinem aufopferungsvollen Wirken im Dienste der Heimat heraus erlag Minister Alfred Brunner, seit einigen Monaten schweizerischer Gesandter in Portugal, einem jähen Tode. Der Verstorbene hatte seine diplomatische Laufbahn im Jahre 1920 als Gesandtschaftsattaché begonnen, die ihn über unfere Außenposten in verschiedenen europäischen Hauptstädten bis nach Tokio, Teheran und Kairo geführt hat.

Wie de Soletaler ihm Anneli 's Hääweh vertrebe hed

Met em Hääweh isch es gad e fribis ha. Me wääst nüd, isch es e Chranfet oder isch es gad Näbes, womme si meh, oder mönder ybilde tued. 's ischt am di ganz Zyt all eso größpeli ond me cha tue deför, wamme will, 's nöst juuber ond glatt nüz. Im sebe Stock glycht si fascht e chli de Seechränket. An hed emol ase 's Hääweh ka z'England ene, er hed nüd gweßt wie tue. Do isch em in Ey cho, wenn er gad die groß, blüemlet Federeteki vo dehääm bin em heft, wör 's em wader freiere. Ond so ischt denn au en uumweltsgroße, lymptige Pack vom Appezellerland per Express über de Armeikanal gspediert worde ond e paar Briefträger z'London ene beyid gad z'psnäschtid ka, bis si die uumwelts appezellisch Himmelbettfedereteki in sibete Stock unegschläpft ka beyid. Ganz oohäämelig sey ene das lymptig Züüg vorchs ond an hei of em zweiterste Stegetrett glych no welle wesse. eb enard nüd Schääfdaure i dem Millionepack inne sei. Au die englisch Hushälterei hei dem Uumweltsbettzüüg nüd trauet, aber dr Appezellerporsch hed vo Stönd a 's Hääweh verlore, won er wider syri Züß hed chöne onder d' Himmelbettfedereteki verchrüke. 's ischt de freyli guet, as nüd all of die Art mönd gheilt werde vom Hääweh. Das gäb en andere Rüerom, womme jedem Porsch ond jedem Meetli, wemns i de Fröndti os ischt, no möst di ganz Bett war nolschike of Japan henderi oder no gär in Kongostaat

ine. Näwelli neend denn au gad e Stock Brood vo dehääm no wädli in Hofesack oder e Brysli Salz os em Chochi chäscheli verstohles is Schnopstuech. Ond so gnot as es si will i de Fröndti überneeh, gryfids wädli in Sack oder häbid de Schnopstuechzipfel met aller Nadacht eso lang as Gsicht, bis der Hääweefall wieder öbere n ischt. I ha selb au emol e Chnechtli ka, wo of die Ard hed wele em Hääweh heer werde. Aber will er nie gweßt hed, i wemem Hofesack ine as er das Hääweehmitteli ka hed, hed er arde jedes mol gad beid Hend z'mol im Sack bhalte ond of die Ard ischt er vor luuter Hääweeh nie recht zom Berche cho.

Bys 's Soletalers Anneli hettid au die paar Brosle Salz ond Brood im Joppesack nüz gnöst. 's Anneli hed ebe scho 's Hääweeh ka, eb si fort ggange n ischt. Ond derigi Patiente geeds no viel, nüd gad im Appezellerland. Sie wend nüd zom Loch uus, wend nüd fröndts Brood esse, noctid zeäy Nol lieber dehääm, wo s mönd gichmogne ha, as emol frisch use onder ander Züüt, womme si mos rode ond weihre. Au 's Anneli heds kä Bekli hert ka i d'Fröndti, aber der Soletaler hed gsääd: Jung Bögeli mönd zom Nescht uus. Sös lernid ehre Lepti nie flüüge. Zor sebe Zyt, wo's Anneli hett söle of Bern ine go näbes lerne, heds no kä Auto ond kä Flugmaschine ka. Au d'Jsebahne heds dozmol no e guet Zääl gmüetlicher gno as hüüistags, womme i em Schwick z'Gens inne ischt. Ond